

**GUTE ARBEIT
GUTE RENTE**



Sicherheit und Solidarität statt Risiko: Bevölkerungseinstellungen zur Aktienrente

Eine Analyse der IG Metall basierend auf repräsentativen Befragungsergebnissen von Kantar Public



Mit den steigenden Lebenshaltungskosten blicken die Menschen sorgenvoller auf ihre Alterssicherung. Insbesondere privater Extravorsorge und spekulativen, risikoreichen Anlageformen sind die Bürger*innen gegenüber skeptisch eingestellt. In der Alterssicherung überwiegt der Wunsch nach Sicherheit und Planbarkeit und nicht nach mehr Rendite durch höheres Risiko. Die Pläne der FDP zur Einführung einer Aktienrente in der gesetzlichen Rentenversicherung stoßen dementsprechend auf eine breite Ablehnung.

Anhand aktueller und repräsentativer Daten von Kantar Public analysiert diese Kurzstudie die Einstellungen und Erwartungen der Menschen.

Methodensteckbrief:

Repräsentative Befragung „Aktienrente“	
Institut	Kantar Public, Berlin
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
Stichprobe	Repräsentative Zufallsstichprobe / Dual-Frame
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.017 Befragte
Fehlertoleranz	1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50 %) Prozentpunkte
Erhebungszeitraum	04. bis 06. April 2023

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

1. Zwei Drittel der Befragten (67%) wollen nicht, dass Rentenbeiträge an den Aktienmärkten angelegt werden

Nur gut ein Viertel der Befragten (26%) vertritt die Meinung, dass die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig zum Teil auch an den Aktienmärkten angelegt werden sollten. Mehrheitlich wird dies abgelehnt (67%). Besonders hoch ist die Ablehnung bei Menschen mit niedrigem Einkommen und formal niedrigem Bildungsabschluss.

2. Zwei Drittel der Befragten (64%) sind der Meinung, dass das Anlagerisiko nicht von den Versicherten getragen werden sollte

Knapp Zwei Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass das Verlustrisiko bei am Kapitalmarkt angelegten Geldern der gesetzlichen Rentnerversicherung nicht von den Versicherten zu tragen ist (64%). Nur knapp jeder Dritte ist vom Gegenteil überzeugt (31%).

3. Für 90 Prozent sind vor allem Sicherheit und Planbarkeit bei der Altersvorsorge wichtig

Auf Ablehnung der Bürger*innen stoßen risikoreiche, spekulative Anlageformen: Für 90 Prozent sind vor allem Sicherheit und Planbarkeit bei der Altersvorsorge wichtig. Nur 7 Prozent würden lieber auf höhere Rendite bei einem größeren Risiko spekulieren.

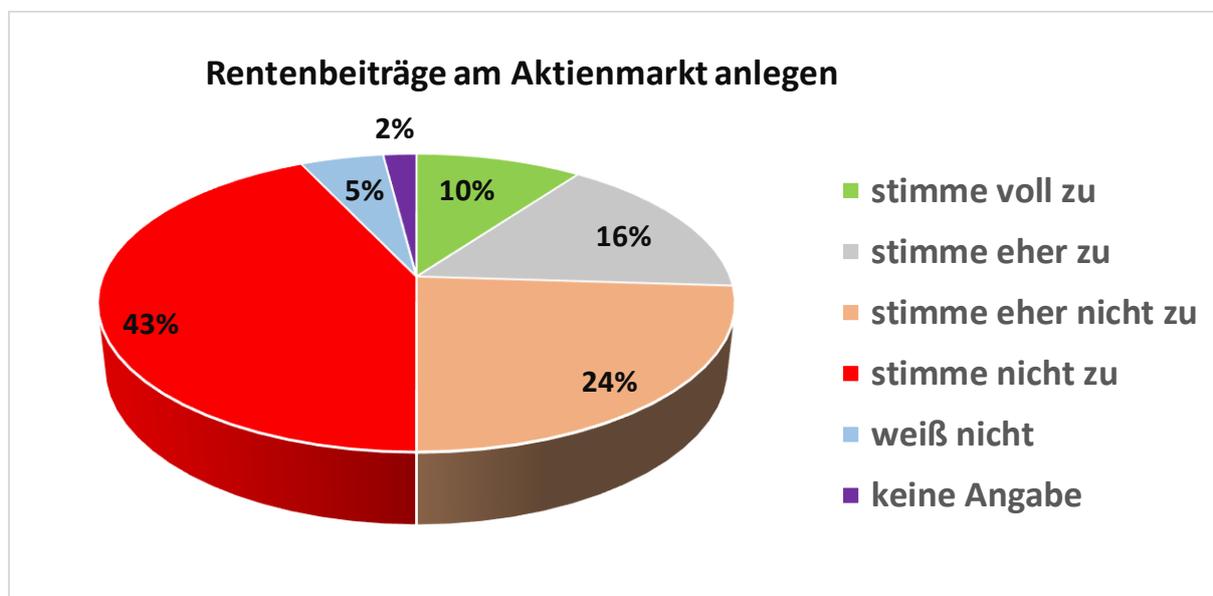
4. Drei Viertel der Befragten (74%) misstrauen Bundesfinanzminister Christian Lindner in Rentenfragen

Lediglich 20% der Wahlberechtigten vertrauen Christian Lindner in puncto Rentenpolitik. Knapp drei Viertel misstrauen ihm hingegen bei Fragen zu diesem Thema (74%). Besonders kritisch wird der Finanzminister dabei von den Befragten in Ostdeutschland (81%) und jenen im Alter von 40 bis 64 Jahren (80%) bewertet.

1. Rentenbeiträge am Aktienmarkt anlegen

Die von der FDP im Bundestagswahlkampf vorgeschlagene Aktienrente sieht vor, dass ein Teil der Rentenversicherungsbeiträge dem Umlagesystem entzogen und an den Finanzmärkten in Form von Aktien angelegt würde. Der Vorschlag ist mit der Hoffnung verbunden, dass aus den Renditen nicht nur ein Teil der zukünftigen Renten finanziert werden könnte, sondern auch die anfänglich benötigten Mittel langfristig refinanziert werden können.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Bevölkerung dieser Idee gegenüber skeptisch eingestellt ist. Nur gut ein Viertel der Befragten (26%) vertritt die Meinung, dass die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig zum Teil auch an den Aktienmärkten angelegt werden sollten. Mehrheitlich wird dies abgelehnt (67%). Besonders hoch ist die Ablehnung bei Menschen mit niedrigem Einkommen und formal niedrigem Bildungsabschluss.

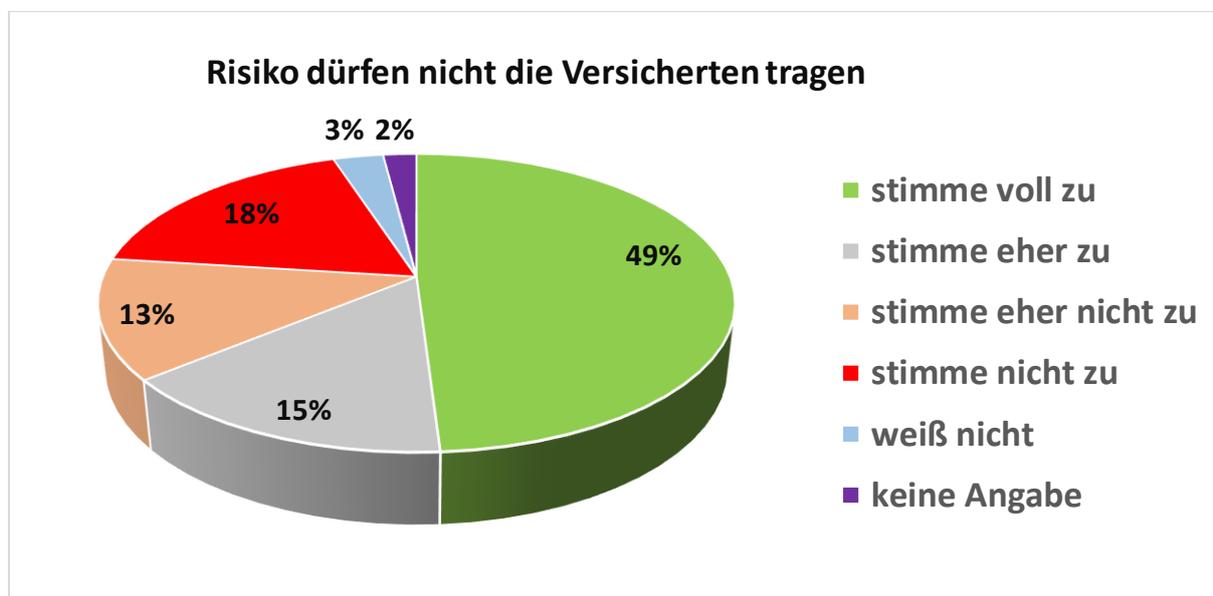


Frage: „Unter dem Schlagwort "Aktienrente" wird derzeit der Vorschlag diskutiert, künftig einen Teil der Beiträge zur Rentenversicherung an den Aktienmärkten anzulegen. Gewinne oder Verluste würden dann auch die Höhe der individuell ausgezahlten Rente beeinflussen. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu: Ein Teil der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung sollte in Zukunft an den Aktienmärkten angelegt werden.“

2. Das Risiko dürfen nicht die Versicherten tragen

Während die FDP die Renditechancen von Aktienanlagen betont, stellt sich bei Formen kapitalgedeckter Altersvorsorge immer auch die Frage, wer letztlich das potentielle Verlustrisiko tragen muss. Das Konzept der FDP sieht vor, dass potentielle Verluste in Form von geringeren Rentenzahlungen an zukünftige Rentnerinnen und Rentner weitergegeben werden.

Die Befragung zeigt, dass die Bevölkerung dies klar ablehnt. Knapp zwei Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass das Verlustrisiko bei am Kapitalmarkt angelegten Geldern der gesetzlichen Rentenversicherung nicht von den Versicherten – Beitragszahler:innen und Rentner:innen – zu tragen ist (64%). Nur knapp jede:r Dritte ist vom Gegenteil überzeugt (31%).

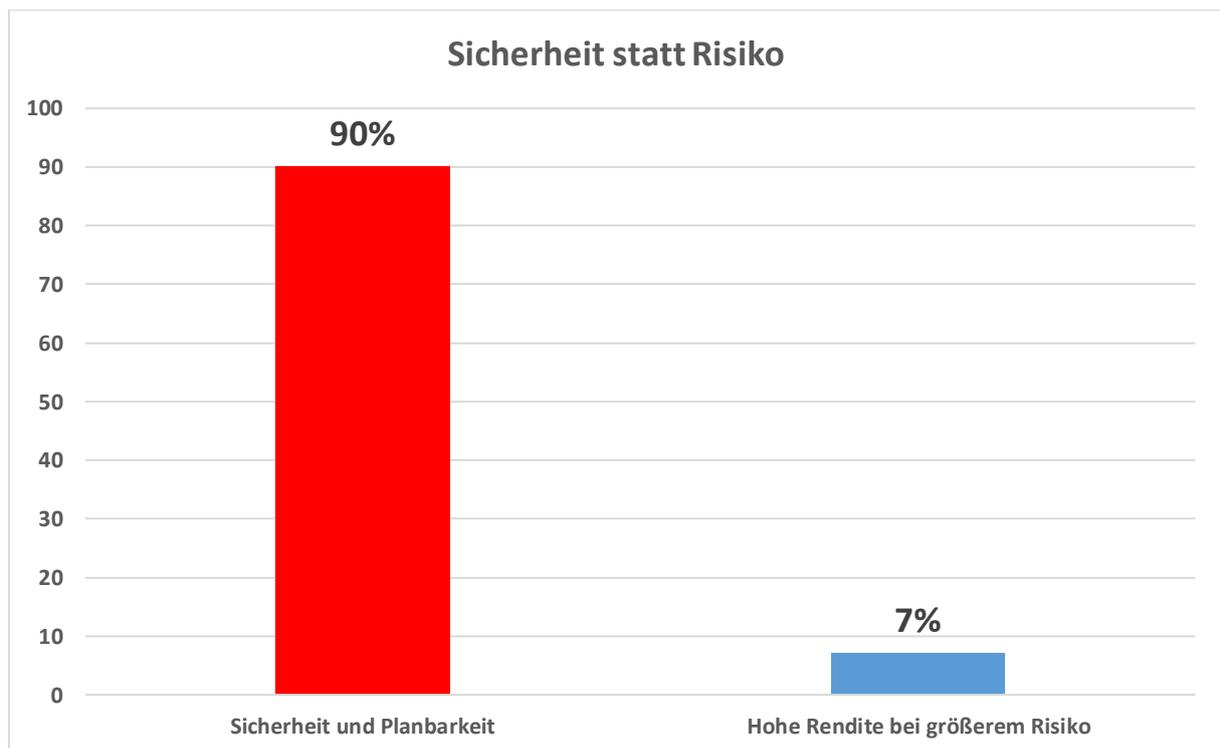


Frage: „„Unter dem Schlagwort "Aktienrente" wird derzeit der Vorschlag diskutiert, künftig einen Teil der Beiträge zur Rentenversicherung an den Aktienmärkten anzulegen. Gewinne oder Verluste würden dann auch die Höhe der individuell ausbezahlten Rente beeinflussen. Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu: Wenn Gelder der gesetzlichen Rentenversicherung am Kapitalmarkt angelegt werden, dürfen nicht die Versicherten das Risiko für Verluste tragen.“

3. Sicherheit und Planbarkeit statt mehr Risiko

Im aktuellen Niedrigzinsumfeld müssen kapitalgedeckte Altersvorsorgestrategien zwangsläufig in risikoreichere Anlageformen (bspw. Aktienfonds etc.) investieren. Aber was ist den Menschen bei der Altersvorsorge eigentlich wichtiger? Hohe Renditen oder Sicherheit?

Wenn es um die Altersvorsorge geht, setzt eine überwältigende Mehrheit der Menschen auf Sicherheit und Planbarkeit (90 %). Lediglich eine kleine Minderheit setzt auf mehr Rendite durch höheres Risiko (7 %).

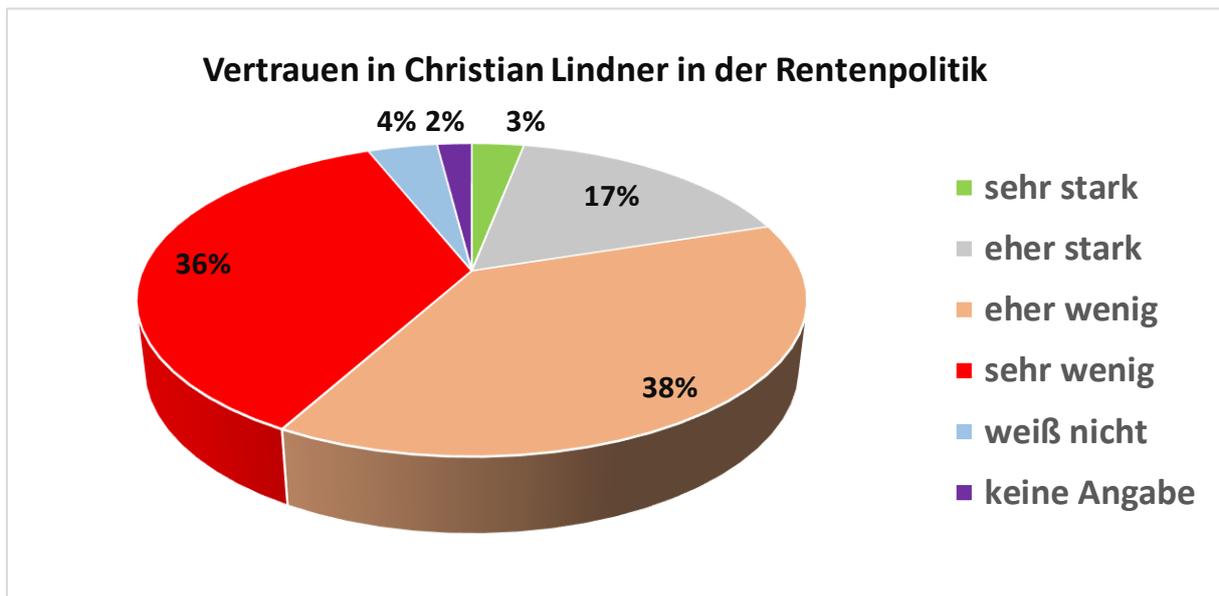


Frage: „Was ist Ihnen mit Blick auf die Altersvorsorge wichtiger: Sicherheit und Planbarkeit ODER eine hohe Rendite bei größerem Risiko?“

4. Vertrauen in Christian Lindner in der Rentenpolitik

Bundesfinanzminister Christian Lindner macht sich für einen Systemwechsel in der Rentenpolitik stark und setzt sich für die Vision der FDP zur Einführung einer Aktienrente in der gesetzlichen Rentenversicherung ein. In der Bevölkerung ist das Vertrauen gegenüber dem Bundesfinanzminister in Rentenfragen hingegen sehr schwach.

Lediglich 20% der Wahlberechtigten vertrauen Christian Lindner in puncto Rentenpolitik. Knapp drei Viertel misstrauen ihm hingegen bei Fragen zu diesem Thema (74%). Besonders kritisch wird der Finanzminister dabei von den Befragten in Ostdeutschland (81%) und jenen im Alter von 40 bis 64 Jahren (80%) bewertet.



Frage: „Wie stark vertrauen Sie Bundesfinanzminister Christian Lindner, wenn es um Fragen der Rentenpolitik geht? Würden Sie sagen...“

Ansprechpartner:

Sebastian Kramer

IG Metall-Vorstand

FB Sozialpolitik

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069/66 93-28 32

Telefax: 069/66 93-28 70

E-Mail: rente@igmetall.de

Weitere Informationen unter

www.rente.igmetall.de